



Bern, 13. März 2025

Offener Brief an die Mitglieder des Ständerates

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 18. März werden Sie über folgende Motionen abstimmen:

- Motion 24.3815 Für eine Reform der Flüchtlingshilfe für Palästinenser
- Motion 24.3194 Sofortige Einstellung der Beiträge an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten
- Motion 24.3469 Umleitung des Sockelbeitrags 2024 in die humanitäre Nothilfe für die Bevölkerung in Gaza

Die Genfer Konventionen von 1949 und ihre Zusatzprotokolle legen Normen für den Schutz von Personen im Krieg fest. Sie bilden die Grundlage des humanitären Völkerrechts und schützen Menschen, die nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind. Darunter fallen Zivilpersonen, das Gesundheitspersonal, Verwundete, Kranke und Kriegsgefangene. Alle 196 Vertragsstaaten der UNO haben die Genfer Konventionen ratifiziert, welche für die besetzten Gebiete im Westjordanland und Gaza anwendbar sind.

Aktuell ist die UNRWA weiterhin in Gaza tätig und stellt **seit dem Waffenstillstand** für 60% der Bevölkerung (200'000 Betroffene) im Gazastreifen die medizinische Grundversorgung sowie für über 2 Millionen Menschen die Nahrungsmittelversorgung sicher.

Die Annahme der Motion für die sofortige Einstellung der Beiträge an das Hilfswerk UNRWA trifft 2 Millionen vom Konflikt betroffene Menschen, grösstenteils Frauen und Kinder, nicht die Hamas oder den Staat Israel. Dasselbe gilt unseres Erachtens für die **Motion betreffend die Umleitung des Sockelbeitrags der UNRWA. Wir bitten Sie, diese zwei Motionen abzulehnen.** Als vertretbaren Kompromiss unterstützt Swiss Humanity Initiative die **Motion für eine Reform der Flüchtlingshilfe für Palästinenser** im Rahmen einer Prüfung des Mandats der UNRWA.

Für den Verein Swiss Humanity Initiative

Der Vorstand

Stephan Stadler, Präsident

Thomas Bischoff, Alain Bittar, Riccardo Bocco

